

Rede Gerd Will

Plenum 04. Juni 2015

Pkw-Maut - Nein danke!

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/3122 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 17/3517

Gerd Will, SPD

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Ihr Antrag zur Ablehnung der Maut ist überholt. Das ist in den vorherigen Redebeiträgen schon deutlich geworden.

Nachdem der Bundestag die neue Mautregelung verabschiedet hatte, hat Niedersachsen gemeinsam mit anderen Bundesländern, die im grenznahen Bereich zu europäischen Nachbarn vergleichbar betroffen sind, versucht, über den Bundesrat noch Veränderungen herbeizuführen. Allerdings wissen wir alle, dass der Vorstoß, den Vermittlungsausschuss dazu anzurufen, keine Mehrheit erhalten hat, sodass das Gesetz unverändert in Kraft treten wird. Voraussetzung dafür ist die Unterschrift des Bundespräsidenten.

Gleichzeitig hat nunmehr die EU wegen der möglichen Diskriminierung von Ausländern durch die Kompensationsfinanzierung für inländische Pkw-Besitzer durch die Senkung der Kfz-Steuer ein Vertragsverletzungsverfahren angedroht. Schon im November des letzten Jahres Herr Kollege Krumfuß hat darauf hingewiesen, dass die EU-Kommissarin, Frau Violeta Bulc, einen Kompromiss vorgeschlagen, der sich zusammengefasst wie folgt darstellt:

Erstens. Schrittweise Einführung der Pkw-Maut zunächst auf den Transitstrecken.

Zweitens. Keine Einführung in Ballungsräumen mit hohem Pendleraufkommen.

Drittens. Dadurch Entkoppelung bei der Entlastung durch die Kfz-Steuer, sodass aus Sicht der EU eine rechtlich saubere Lösung durchaus erreicht werden kann.

Mit diesem Vorschlag wird deutlich, dass die EU nicht grundsätzlich gegen die Einführung dieser Maut in Deutschland ist; sie ist nur gegen Kompensationsgeschäfte mit diskriminierendem Charakter. Meine Damen und Herren, man kann wie die FDP grundsätzlich gegen die Maut sein, eben aber auch ohne Aussage, wie die Verkehrssysteme in Zukunft finanziert werden sollen. Aber eine Enthaltung, wie sie die CDU jetzt wieder angekündigt und im Wirtschaftsausschuss bereits vorgenommen hat, ist keine klare Haltung zur eigenen Bundesregierung. Oder wollen Sie vielleicht doch die CSU und den Verkehrsminister schonen? Sagen Sie uns doch einfach: Sind Sie nun für oder gegen die Kfz-Maut? Das wäre eine klare Ansage, ein klares Bekenntnis. Aber Sie sagen nur: Wir warten einmal ab; wir enthalten uns hier.

Wir erwarten von Herrn Dobrindt im Ergebnis auf jeden Fall die Einhaltung einer belastungsneutralen Regelung für die deutschen Kfz-Besitzer, wie sie in der Koalitionsvereinbarung in Berlin für den Fall der Einführung der Pkw-Maut festgelegt wurde. Der FDP würde ich, wenn sie schon in Ihrem Antrag selbst auf Finanzierungsengpässe beim Straßenbau hinweist, raten, endlich Vorschläge für eine Finanzierung dieser Aufgabe zu machen.

Solange Sie das nicht tun, kann man Ihren Antrag nicht ernst nehmen. Wir lehnen ihn als übliche populistische Nebelkerze ab.